

NR. 3, DEZEMBER 2024

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **FAMILIENNACHZUG:** GEGEN BÜRGERLICHE POLEMIK SEITE 5
- › **ATOMMÜLL:** KEIN ENDLAGER OHNE ATOMAUSSTIEG SEITE 6
- › **PFAS:** UNSICHTBARE GEFAHR SEITE 9



DIE VERKEHRSWENDE

IST MÖGLICH

WO DER FROSCH KÖNIG IST

Wir bauen dir einen Naturgarten, so wie im Märchen.

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

BEREIT FÜR DIE ERSTEN FLOCKEN?

CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unseren Flocken
bleibt die Kälte draussen!

Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste
Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem
besonderen Angebot und dem guten Service.
Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-,
Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps
und dem grossen Medienkatalog mit **E-Shop!**

umfassendes Tee- & Kräutersortiment

pflanzliche Rohstoffe & Grundnahrungsmittel

transparent & verantwortungsbewusst
plastikfrei oder unverpackt
überwiegend bio & vegan
seit 2000 bio zertifiziert



10 % Kennenlern-Rabatt
mit Code OstGruen

online oder Ladeneinkauf
teewerk.ch Meierhofstr. 14 8274 Tägerwilen 071 667 09 03

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1860 Mitglieder und
Sympathisant*innen der GRÜNEN
in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei drei Schaltungen 20%
Rabatt, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH



Planung, Ausführung und
Unterhalt von Naturgärten

8577 Schönholzerswilen
Telefon 071 633 29 84
www.natur-gaerten.ch



LIEBESKUMMER

UM DIE DEMOKRATIE

Liebe GRÜNE

Ach, durch was für Zeiten gehen wir gerade. In den USA wird Donald Trump zum Präsidenten gewählt, in der Ukraine findet der Krieg keine Ruhe, in Gaza sterben noch immer täglich unschuldige Zivilist*innen, den Bürgerkrieg in Sudan vergessen die Medien vollständig und in Europa feiern Rechtsextreme überall Wahlerfolge, ziehen sogar in Regierungen ein. Klimaschutz wurde auf der politischen Prioritätenliste auf die hintersten Plätze verbannt und soziale Errungenschaften werden – ob in der Schweiz oder in Europa – mit allen Mitteln bekämpft.

Energien bündeln und weiterkämpfen

Auch wenn nicht gerade in die globalen Krisen einzuordnen, hatten wir GRÜNE in den letzter Zeit wenig Grund zum Feiern. Mir fällt es immer schwerer, angesichts dieser Weltlage politische Hoffnung und damit auch Kraft zu schöpfen – und nicht in einem Tal der Trauer um die Welt festzuklemmen. Das Gefühl, das ich nach den US-Wahlen verspürt habe, fühlte sich an wie Liebeskummer. Liebeskummer um die Demokratie, die progressive Gesellschaft, die Welt. Das klingt vielleicht etwas gar pathetisch, doch musste ich mich an diesem Tag immer wieder kurz vergewissern, ob zwischen mir und meinem sozialen Umfeld alles in Ordnung ist, um dann festzustellen, dass mein Schmerz gerade einen anderen Ursprung hat.

Gleichzeitig wusste ich jedoch auch, dass nach jedem Liebeskummer oft die nächste grosse Liebe kommt. Dass es hilft, wenn man ausspricht, was einem bedrückt, und dass es hilft, anstatt sich unter seiner Bettdecke zu verkriechen, seine Freund*innen zu treffen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Auch wenn verdrängen oft einfacher erscheint, ist Therapie besser. Darum lasst uns zusammenspannen, unsere Energien bündeln und weiterkämpfen. Für eine friedliche, progressive, soziale und grüne Welt. Denn die ist möglich. Und lasst uns gemeinsam Sicherheit geben und uns auffangen – denn Schmerz zuzulassen, gehört zu jeder erfolgreichen Therapie dazu.



Gianluca Looser
Kantonsrat Junge Grüne Schaffhausen
gianlucalooser@posteo.ch



OSTGRÜN NR. 2/2024

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Postfach, 9001 St.Gallen

November 2024
Erscheint 3mal jährlich

Auflage: 1860 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Maya Cramerli (GR), Roland Müller (SH)

Autor:innen: Daniel Bosshard, Kurt Egger, Sebastian Koller, Gianluca Looser, Anita Mazzetta Franziska Ryser, Benjamin Schlegel, Thomas Schwager, Kaj Weibel, Mathias Zopfi

Gestaltung: Mischa Herzog

Titelbild: GRÜNE Schweiz

Porträtfotos: S. 4 Patrick Itten,
S.5-6 Béatrice Devènes

Druck: Cavelti AG, Gossau



Bild: umverkehr

NEIN ZUM AUTOBAHNAUSBAU –

WIR HABEN ES GESCHAFFT!

Es ist eine Sensation. Die Schweizer Bevölkerung sagt Nein zum unnötigen und überbeuerten Ausbau der Nationalstrassen. Das ist eine klare Botschaft ans Parlament: Wir brauchen intelligente Massnahmen zur Staureduktion, klimafreundliche und platzeffiziente Verkehrsträger und einen starken ÖV, Fuss- und Veloverkehr.

Die Abstimmung über die Megastrassen ist ein grosser Erfolg fürs Klima und für die grüne Bewegung. Die klare Ablehnung in ländlichen und städtischen Gebieten markiert eine Zäsur in der Verkehrspolitik: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung will nicht mehr Strassen und noch mehr Verkehr, sondern eine echte Verkehrswende.

Das Abstimmungsergebnis reiht sich ein in die jüngsten Volksentscheide: Die Zustimmung zum Klimaschutzgesetz, die Annahme des Stromgesetzes und nun die Abfuhr an den Strassenausbau zeigen: die Bevölkerung will Lösungen, die die Klimakrise ernst nehmen. Nach dem Denkwort der Bevölkerung muss Bundesrat Rösti nun auch die weiteren Autobahnausbauten (für 30 Milliarden!), die sich in Planung befinden, überprüfen.

Eine erste Möglichkeit für einen Kurswechsel in der Mobilitätspolitik bietet sich bereits in wenigen Monaten: Im Zuge seines Sparprogramms will der Bundesrat eine Milliarde Franken auf Kosten der Umwelt und des Klimas sparen. Darunter sind die Unterstützung für Nachtzüge oder die Beiträge an den regionalen Personenverkehr. Statt den ÖV zu schwächen, muss ihn der Bun-

desrat jetzt attraktiv und bezahlbar machen. Beispielsweise, indem er das Halbtax abschafft und der halbe Preis zum Normalpreis wird.

Umbau des NAF

Auch muss er die Verwendung der Gelder im Nationalstrassen- und Agglomerations-Fonds (NAF) überdenken. Neben dem Unterhalt und Ausbau von Autobahnen werden ca. 10% der Gelder für Agglomerationsprogramme zur Verfügung gestellt. Diese reichen aber nicht aus, um die nötigen Projekte für eine (sinnvolle) Verkehrs- und Siedlungsentwicklung zu unterstützen. Deshalb soll künftig ein grösserer Anteil der Gelder über die Aggloprogramme in nachhaltige Projekte und eine echte Verkehrsverlagerung fliessen.

Der Verkehr verursacht heute einen Drittel aller CO₂-Emissionen in der Schweiz. Die neusten Zahlen des Bundes zeigen, dass der Autoverkehr mit 20 Milliarden Franken deutlich höhere Kosten für die Allgemeinheit verursacht als bisher angenommen. Neben Gesundheitskosten schlagen insbesondere die Auswirkungen auf die Umwelt

und das Klima zu Buche. Um die Folgen davon besser abfedern zu können, sollen Klimaschutzmassnahmen künftig auch aus dem NAF (mit)finanziert werden können.

Und der Stau auf den Autobahnen?

Mit einer Förderung von Carpooling und einem Tempolimit kann der Stau dort rasch und günstig reduziert werden. Parallel dazu sind Massnahmen sinnvoll, die die Quartiere vom Autoverkehr entlasten: Neben Tempo 30 sind auch Superblocks wie in Barcelona oder die Zone à Traffic Limité (ZTL) in Paris interessante Ansätze.

Die Verkehrswende ist also möglich. Die Ablehnung der Autobahnen war ein wunderbarer Auftakt dazu – Packen wir es an!

«Ein wunderbarer Auftakt zur Verkehrswende!»



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



Bild: Adobe Stock

NEIN ZUM ZYNISCHEN SPIEL MIT DEM FAMILIENNACHZUG

Die drohende Abschaffung des Familiennachzugs für vorläufig Aufgenommene besorgt alle, die sich für eine faire Flüchtlingspolitik einsetzen. Dass selbst gemässigte bürgerliche Kreise dies mittragen, zeigt, wie polemisch das Thema bewirtschaftet wird.

«Es kann doch nicht sein, dass die alle ihre Cousins in die Schweiz bringen können», hörte ich nach dem Beschluss des Ständerats, die Motion zur Abschaffung des Familiennachzugs für vorläufig Aufgenommene vertieft zu prüfen. Es kann doch nicht sein? Tut es auch nicht. Der grassierenden Stimmungsmache im Asylwesen muss man mit Fakten begegnen. Kein vorläufig Aufgenommener kann seinen Cousin nachziehen. Das Gesetz erlaubt den Familiennachzug nur für minderjährige Kinder und Ehepartnerinnen und Ehepartner.

Die Hürden sind hoch

Die Familie darf nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein, muss in einer bedarfsgerechten Wohnung leben und sich in der Landessprache, die am Wohnort gesprochen wird, verständigen können. Diese Bestimmungen werden streng ausgelegt. Das führt dazu, dass nur knapp über 100 Personen pro Jahr als Familienangehörige von vorläufig Aufgenommenen in die Schweiz kommen. Viele davon Kinder.

Es stimmt auch nicht, dass vorläufig Aufgenommene die Schweiz zu verlassen haben. Sie haben die Erlaubnis, in

der Schweiz zu bleiben, bis die Rückkehr zumutbar ist. Die Personen, die für einen Familiennachzug in Frage kommen, haben eine feste Arbeit, sind integriert und bleiben meist für lange Zeit in der Schweiz, weil – leider – die Kriege in der Heimat nicht einfach aufhören. Wer sind diese Menschen? Ein Beispiel aus meiner Kindheit sind die Familien aus dem ehemaligen Jugoslawien. Heute sprechen die damals nachgezogenen Kinder, meine Schulkamerad*innen, Glarnerdeutsch wie ich. Der Familiennachzug ist eine der wirkungsvollsten Integrationsmassnahmen.

Stimmungsmache der Bürgerlichen

Wer will nicht seine Familie bei sich haben? Stellen sie sich vor, von den eigenen Kindern getrennt und in Sicherheit in der Schweiz zu sein, während sich die Kinder noch im Kriegsgebiet befinden. Dass die Situation dieser Menschen politisch ausgeschlachtet wird, ist zynisch. Denn es ist keineswegs sicher, dass der Ständerat am Ende der Dezembersession die Motion ablehnen

und den Familiennachzug schützen wird. Die ständige Stimmungsmache der SVP, die berechnete Ängste in der Bevölkerung missbraucht, um aus dem Schicksal der Ärmsten Kapital zu schlagen, ist bekannt. Neu ist, dass auch die FDP und Vertreter der Mitte die

«Wir hoffen, dass die Mehrheit Rückgrat zeigt und wehren uns gegen diese familienfeindliche Motion.»

Abschaffung unterstützen. Obwohl sie wissen, dass eine Abschaffung ohne Prüfung des Einzelfalls der Rechtsprechung des Bundesgerichts und unserer Bundesverfassung widerspricht. Wir hoffen, dass die Mehrheit Rückgrat zeigt und werden uns gegen diese familienfeindliche Motion einsetzen.



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL



Bild: GRÜNE Weiland

«VERGRABEN UND VERGESSEN»

IST KEINE ANTWORT

Am 19. November hat die Nagra beim Bundesamt für Energie das Rahmenbewilligungsgesuch für ein geologisches Endlager in Stadel ZH eingereicht. Die Kritik ist gross und ein Referendum bereits angekündigt. Auch die Thurgauer, Schaffhauser, Zürcher und Aargauer GRÜNEN wehren sich.

KEG. Das Bundesamt für Energie wird nun zusammen mit dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI das Gesuch prüfen. Ab 2029 werden Bundesrat und Parlament über das Tiefenlager entscheiden. Anschliessend wird voraussichtlich das Volk darüber befinden. Der Baustart ist für 2045 vorgesehen. Gemäss Kernenergiegesetz müssen radioaktive Abfälle so entsorgt werden, dass der dauernde Schutz von Mensch und Umwelt gewährleistet ist. Dies ist mit dem nun eingereichten Gesuch nachzuweisen.

«Diese Generation gibt ein Erbe weiter, das die kommenden Generationen nicht ausschlagen können.»

Rückholbarkeit unsicher

Die Gegnerschaft organisiert sich. Ganz grundsätzlich sei ein Endlager ein Konzept aus dem letzten Jahrhundert. Eine sichere Lagerung für eine Million Jahre sei unrealistisch. «Diese Generation gibt ein Erbe weiter, das die nachfolgenden Generationen nicht ausschlagen können», sagte Karin Joss, Präsidentin des Vereins «Nördlich Lägern ohne Tiefenlager, LoTi».

Risiken wie Wassereinträge oder Leckagen der Behälter sind für die nächsten ein Millionen Jahre schwierig auszuschliessen. Deshalb muss die Rückholbarkeit gewährleistet sein, und zwar ohne grossen Aufwand, wie es im Gesetz steht. Das aktuelle Konzept ist grundsätzlich nicht für die Rückholbarkeit angelegt. Die über 20 Tonnen schweren

Behälter mit hochradioaktivem Müll werden in 800 Meter Tiefe, zu Dutzenden hintereinander in mehrere hundert Meter langen Stollen von nur gerade drei Meter Durchmesser, eingelagert und mit Bentonit verfüllt. Schon kurz nach Einlagerung ist es unrealistisch, diese Behälter aus einer Geometrie, die einem extrem langen Spaghetti gleicht, wieder mit vernünftigem Aufwand zurückzuholen.

Thomas Feer, GRÜNER aus Stammheim, bringt noch einen weiteren Punkt ins Spiel: «Der Bau und Betrieb eines Endlagers ist ein Jahrhunderttausendprojekt. Darum ist Überwachung und ein Plan B wichtig. Bis heute fehlen Ausstiegsmöglichkeiten, falls das End-

lagerkonzept aus noch unbekanntem Gründen abgebrochen werden muss. Das ist verantwortungslos.»

Kein Endlager ohne Atomausstieg

In einer Medienmitteilung fordern die GRÜNEN AG, SH, TG und ZH, dass die Rückholbarkeit auch nach dem Verschluss des Lagers gewährleistet ist, dass auch unabhängige Expert*innen zur Überprüfung des Gesuchs beigezogen werden und dass neue, wissenschaftliche Erkenntnisse in Bau, Betrieb und Überwachung laufend umgesetzt werden. Zudem ist es aus Sicht der GRÜNEN verantwortungslos, über die sichere Lagerung radioaktiver Abfälle zu befinden, solange der definitive Ausstieg aus der Atomenergie nicht beschlossen ist und ein verbindlicher Ausstiegsplan vorliegt.



Kurt Egger
Alt-Nationalrat GRÜNE TG



Bild: GRÜNE GL

MASSNAHMEN IM TIERFED

UND ZWAR JETZT!

In einem offenen Brief appellieren die GRÜNEN und die Jungen Grünen des Kantons Glarus an den Regierungsrat und den Gemeinderat Glarus Süd dringend, wirksame Verkehrsmassnahmen im Tierfed zu ergreifen. Der offene Brief kann noch bis Ende Jahr mitunterzeichnet werden.

KWE. Das Tierfed hat sich zu einem attraktiven und bekannten Ausflugsziel entwickelt, das viel zu bieten hat. Glarner*innen sowie Gäste von nah und fern geniessen dabei die atemberaubende Naturschönheit und die beeindruckende technische Leistung des Pumpspeicherkraftwerkes Linth-Limmern. Jedoch gerät das Tierfed durch die hohe Zahl der Besuchenden, die mit dem Auto anreisen, immer mehr unter Druck.

Das Problem dabei ist, dass die jetzigen Konzepte und Angebote nicht auf eine andere Anreisemöglichkeit ausgelegt sind. Bisher besteht keine Busverbindung ins Tierfed. Auch Parkgebühren werden keine erhoben. Dadurch reisen die allermeisten Menschen mit dem eigenen Auto an. Dies führt vor allem an schönen Tagen zu einer hohen Verkehrsbelastung, welche dann vor allem die Bewohnenden in Linthal zu spüren bekommen. In der Schweiz sind 25 Prozent der Inlanddistanzen auf den Tourismusverkehr zurückzuführen. Dieser Viertel könnte reduziert werden, wenn andere Anreisemöglichkeiten eingeführt und gefördert werden.

Dafür haben die GRÜNEN des Kantons Glarus einen offenen Brief an den Gemeinderat Glarus Süd und den Regierungsrat verfasst. Darin fordern die Unterzeichnenden, dass möglichst rasch und spätestens bis zur nächsten Sommersaison 2025 Massnahmen ergriffen werden, um Verkehrsüberlastungen zu verhindern. Dafür sollen insbesondere folgende Massnahmen umgesetzt werden:

1. Schaffung einer Busverbindung ins Tierfed.
2. Einführung kostendeckender Parkraumbewirtschaftung.
3. Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes, um bei übermässigem Verkehrsaufkommen und besonderen Gefahrensituationen die Zufahrtsstrassen ins Tierfed temporär zu sperren.

Die Schaffung einer Busverbindung wäre mit vergleichsweise wenig Aufwand möglich und würde die Situation stark entlasten. Nach Linthal bestehen grundsätzlich regelmässige ÖV-Verbindungen. Jedoch muss die öffentliche Hand auch gewährleisten, dass die letzten Kilometer von Linthal ins Tierfed mit dem ÖV zurückgelegt werden können.

Die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung und Parkgebühren dient vor allem dazu, das Wildparkieren zu verhindern und die Sicherheit für die Besuchenden zu erhöhen. Zusätzlich sollen auch die direkten und indirekten Kosten, welche durch das hohe Verkehrsaufkommen entstehen, gedeckt werden. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum bisher keine Parkgebühren erhoben werden und der motorisierte Individualverkehr damit stark bevorzugt wird.

Der offene Brief kann noch bis Ende dieses Jahres auf der Website der GRÜNEN Glarus mitunterzeichnet werden, um aufzuzeigen, dass das Anliegen von vielen Menschen geteilt wird.



<https://gruene-gl.ch/offener-brief-verkehrsmassnahmen-im-tierfed/>



Bild: WILWEST

WILWEST: UNTERWEGS ZUM GRÜNEN WIRTSCHAFTSGEBIET?

Mit einem Landverkauf wollen die Regierungen der Kantone St.Gallen und Thurgau das Projekt Wil West wieder auf Kurs bringen. In einem Bericht werden Optimierungsmassnahmen punkto Nachhaltigkeit aufgezeigt. Können sich die GRÜNEN mit diesem Teilerfolg zufrieden geben?

SKO. Das Areal Wil West liegt auf Thurgauer Boden, befindet sich jedoch grösstenteils im Eigentum des Kantons St.Gallen. Im September 2022 hat das St.Galler Stimmvolk einen Sonderkredit für die Arealentwicklung abgelehnt. Damit das Grossprojekt dennoch realisiert werden kann, haben die Kantonsregierungen vereinbart, dass der Kanton St.Gallen seine Grundstücke an den Kanton Thurgau veräussert. Vor wenigen Wochen wurden den beiden Parlamenten die entsprechenden Vorlagen unterbreitet. Die Entscheide dürften im ersten Quartal 2025 fallen.

Verzicht auf Einzonungen?

Aus grüner Sicht birgt Wil West sowohl Chancen als auch Risiken. Die Konzentration der wirtschaftlichen Entwicklung auf einen einzigen, gut erschlossenen Standort soll es ermöglichen, auf Einzonungen an dezentralen Lagen zu verzichten. Die rechtsverbindliche Absicherung dieser Strategie gegen die Zersiedelung stellt indes einen Knackpunkt dar. Ebenfalls problematisch sind die überdimensionierten Strassen und Parkhäuser, die zusätzlichen motorisierten Verkehr generieren würden. Ausserdem müssten für das Grossprojekt 18 Hektaren Fruchtfolgefleichen geopfert werden.

Verbesserungen dank den GRÜNEN

Die GRÜNEN St.Gallen und Thurgau haben 2023 ein gemeinsames Positionspapier zu Wil West erstellt. Danach war die Weiterverfolgung des Projekts zu unterstützen, wenn es umfassend überarbeitet wird. Die Forderungen der GRÜNEN haben sich in den Parlamentsvorlagen deutlich niedergeschlagen. Es werden Möglichkeiten aufgezeigt, um das Vorhaben unter Nachhaltigkeitsaspekten zu optimieren.

Wil West kann tatsächlich ein Vorzeigeprojekt werden. Bislang handelt es sich jedoch nur um Absichtserklärungen. Zudem bleiben zwei Probleme ungelöst, da die Optimierungen auf das Areal Wil West begrenzt sind und den regionalen Kontext vernachlässigen: Einerseits muss Wohnraum für die bis zu 3000 Beschäftigten in der nahen Umgebung geschaffen werden, wenn diese mehrheitlich mit Bus und Velo zur Arbeit fahren sollen. Andererseits sind flankierende Verkehrsprojekte nötig, um die Stadt Wil und die Gemeinden Münchwilen, Sirmach und Bettwiesen vor Mehrverkehr zu schützen. Das betrifft insbesondere Strassenberuhigungen und Verbesserungen der Veloinfrastruktur. Ob die GRÜNEN dem Landverkauf unter den gegebenen Voraussetzungen zustimmen werden, ist noch offen.

IN AUSSICHT GESTELLTE OPTIMIERUNGEN

- Nachhaltiger Umgang mit dem beschränkten Gut «Boden»: Bessere Ausnutzung, weniger Flächenversiegelung, zusätzliche Kompensation von Fruchtfolgefleichen. So werden für die Gebäude nebst Maximalmassen auch verbindliche Minimalmassen vorgeben. Parkplätze sollen teilweise in Untergeschossen angeordnet werden. Durch Tempo 30 und Einbahnverkehr wird die Flächenversiegelung um 30% reduziert. Die Aussenflächen auf dem Areal dürfen maximal zur Hälfte versiegelt werden.
- Weniger Individualverkehr und weniger Parkplätze. Der Zielwert für den motorisierten Individualverkehr soll von 50% auf 33% gesenkt werden. Eine Mobilstation mit Sharing-Angeboten wird verpflichtender Bestandteil.
- Förderung der Biodiversität: Die Begrünung der Flachdächer und die Verwendung von hellen Oberflächen wird neu zur Vorschrift.
- Bauen und Energieversorgung nachhaltiger ausgestalten: Unter anderem wird die systematische Verwendung von Recycling-Baustoffen vorgeschrieben.
- Zertifizierung des Areals nach dem Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS).



Bild: Adobe Stock

UNSICHTBARE GEFAHR FÜR MENSCH UND UMWELT

PFAS, die langlebigen «Ewigkeitschemikalien», belasten die Umwelt und gefährden die Gesundheit. Im Kanton St.Gallen führten sie zu Einschränkungen in der Landwirtschaft und Fischerei. Die Folgen der Verschmutzung sind noch lange spürbar.

DBO. PFAS sind sehr langlebige Chemikalien, die in Produkten wie Jacken, Teflonpfannen oder Skiwachsen verwendet werden. Ihre Eigenschaften machen sie praktisch unzerstörbar, doch genau das ist ihr Problem: Sie reichern sich in Böden, Gewässern und so in der Nahrungskette an. Studien zeigen, dass PFAS krebsfördernd und fortpflanzungshemmend sein können.

Von Eggersriet bis in die Goldach

Im Jahr 2020 ereignete sich auf dem Gelände der Amcor AG in Goldach ein Vorfall, bei dem rund 2.7 Tonnen Löschschaum freigesetzt wurden. Dieser Schaum enthielt eine seit 2011 in der Schweiz verbotene Chemikalie aus der PFAS-Gruppe. Rund 850 Kilogramm des Schaums gelangten über die Goldach in den Bodensee. Die GRÜNEN richteten daraufhin mehrere Vorstösse ein, nicht zuletzt, weil die Verursacherin mit einer lächerlich geringen Busse davonkam.

Auch danach wurden in der Goldach hohe PFAS-Konzentrationen gemessen, was auf zusätzliche Eintragsquellen hindeutete. Untersuchungen zeigten, dass der PFAS-Eintrag über Wasser erfolgt, das aus den Böden der höher gelegenen Gemeinden stammt. Regenwasser wäscht die Chemikalien aus den Böden, die anschliessend

über Bäche und Abflüsse bis in die Goldach fließen. Bis 2006 war es Usus, Klärschlamm auf landwirtschaftliche Flächen auszubringen. Dieser enthielt neben Nährstoffen auch erhebliche Mengen PFAS.

Verkaufs- und Befischungsverbot

Die Auswirkungen der PFAS-Belastung sind gravierend. In den betroffenen Gemeinden wurden im Fleisch und der Milch der Nutztiere hohe PFAS-Werte nachgewiesen. Die Belastungen waren so erheblich, dass der Kanton im August 2024 für einige Betriebe ein Verkaufsverbot für Fleisch verhängte. Um die Existenz der betroffenen Betriebe zu sichern, hat der Kanton Unterstützungsbeiträge bewilligt.

Auch die Fischerei ist betroffen. Die Fische aus der Goldach und Steinach weisen so hohe Belastungen auf, dass die Höchstwerte teils deutlich überschritten werden. Deshalb hat der Kanton St.Gallen beschlossen, ab 2025 einige Abschnitte dieser Gewässer nicht mehr zur Fischerei zu verpachten.

Die GRÜNEN haben in der Herbst-Session mehrere Vorstösse im Kantonsrat eingereicht, um das Problem der-Belastung anzugehen. PFAS sind langlebig und werden die Politik noch lange beschäftigen.

HERZLICHE GRATULATION

Die GRÜNEN St.Gallen konnten am 24. November nicht nur einen historischen Sieg bei der Abstimmung gegen den masslosen Autobahn-Ausbau feiern, sondern auch auf kommunaler Ebene wichtige Erfolge erzielen.

In Uznach lehnte die Stimmbevölkerung die Umfahrungsstrasse mit 57 Prozent deutlich ab. Ein weiterer Erfolg ist der Einzug von **Othmar Bürgi-Fuchs** in den Gemeinderat: Im zweiten Wahlgang überholte er mit 818 Stimmen gleich zwei bisherige Gemeinderäte.



Othmar Bürgi-Fuchs



Marlen Rutz

In Flawil wurde **Marlen Rutz Cerna** mit 1022 Stimmen ebenfalls deutlich in den siebenköpfigen Gemeinderat gewählt. Bereits im ersten Wahlgang hatte der bisherige grüne Gemeinderat Edi Hartmann seinen Sitz erfolgreich verteidigt. Eine doppelte grüne Vertretung in einem St.Galler Gemeinderat ist eine Sensation.

Die Erfolge in Uznach und Flawil sind ein Triumph für die Gewählten und eine Anerkennung für das langjährige Engagement der beiden grünen Sektionen.



Bild: TNC

SOLAROFFENSIVE AN STRASSEN

NIMMT FAHRT AUF

35 Jahre nach der Inbetriebnahme der damals schweizweit grössten Solaranlage auf den Lärmschutzwänden der A13 bei Domat/Ems gibt es endlich eine Solaroffensive auf den Strasseninfrastrukturen – auch in Graubünden. Im Grossen Rat wurde ein entsprechender Vorstoss der GRÜNEN überwiesen.

AMA. Im Jahr 1989 hat das Bundesamt für Verkehr ASTRA die damals einzigartige PV-Anlage auf den Lärmschutzwänden der Autobahn bei Domat/Ems in Betrieb genommen. Ziel war es, wissenschaftliche Erkenntnisse zum Langzeitverhalten der PV-Anlage zu erhalten.

Die Pilotanlage hat das ASTRA schon vor Jahren an einen lokalen Stromversorger verkauft. Auf eine Solaroffensive auf Lärmschutzwänden wartet die Schweiz jedoch lange - bis heute. 35 Jahre nach dem Pilotprojekt an der A13 macht das ASTRA endlich Nägel mit Köpfen. Das Solarpotential auf Autobahnen wurde öffentlich ausgeschrieben. Mehrere Firmen planen aktuell PV-Anlagen auf Lärmschutzwänden und Rastplätzen.

Auftrag der GRÜNEN wird überwiesen
Auch der Kanton Graubünden will das Solarpotential an kantonalen Strassen nun offensiv nutzen. Der Grosse Rat hat einen Auftrag der GRÜNEN für eine Solaroffensive an kantonalen Strasseninfrastrukturen ohne Gegenstimme überwiesen. Der Kanton wird damit

beauftragt, eine fundierte Analyse des Solarpotenzials an Strassen durchzuführen und institutionellen Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Der Auftrag der GRÜNEN forderte explizit,

«Neu sollen kantonale Strasseninfrastrukturen auch für private Projekte genutzt werden können.»

dass dieses Potenzial auch privaten Firmen und nicht nur Stromversorgungsunternehmen und dem Kanton zur Verfügung gestellt wird. So ist gewährleistet, dass der PV-Zubau an Strasseninfrastrukturen auch wirklich Fahrt aufnimmt.

Solarstrassen als Teil der Lösung
Seit kurzem nutzt der Kanton Graubünden einige Tunnel und Galerien für den Eigenbedarf. So kann er den Stromverbrauch dieser Infrastrukturen teilweise mit Solarenergie decken. Neu sollen kantonale Strasseninfrastrukturen, wie Galerien, Stützmauern, Brücken, Lärmschutzwände oder Gebäude auch für private Projekte genutzt werden können. Selbstverständlich unter Berücksichtigung eines adäquaten Schutzes der Kunstbauten. Der Kanton sieht zudem vor, die Strasseninfrastruktur für PV-Anlagen gratis zur Verfügung zu stellen.

Bis zum Jahr 2050 sollen über 40 Prozent des zukünftigen Strombedarfs durch Photovoltaik gedeckt werden. Das grösste Solarpotential gibt es auf Dächern und Fassaden. Eine Solarpflicht auf Hausdächern ist darum zentral. PV-Anlagen auf Strasseninfrastrukturen sind jedoch Teil der Lösung.



PV-Anlage Tunnelportal Trin (Foto: TBA GR)



Bild: GRÜNE Thurgau

SOLARINITIATIVE

DER GRÜNEN ABGELEHNT

Der Grosse Rat des Kantons Thurgau hat die Solarinitiative der GRÜNEN mit 34 Ja zu 88 Nein-Stimmen abgelehnt. Der Rat hat im Gegenzug einen abgeschwächten Gegenvorschlag mit 94 Ja zu 28 Nein-Stimmen angenommen. Sind die Initiant*innen zufrieden damit?

KEG. Das Solarenergie-Potenzial auf den Dächern und Fassaden reicht bei weitem aus, um den ganzen Strombedarf des Kantons Thurgau zu decken. Deshalb haben die GRÜNEN am 10. November 2023 die Solarinitiative mit über 4'000 Unterschriften eingereicht. Die Initiative will, dass vor allem dort Solaranlagen installiert werden, wo sowieso gebaut wird: bei Neubauten und bei umfassenden Sanierungen. Dabei sollen auch Fassaden genutzt werden, um gerade im Winter wichtige Kilowattstunden zu erzeugen. Nichtwohnbauten (Gewerbebauten, Scheunen, Lagerhallen etc.) sollen bis spätestens 2040 genutzt werden. Ebenfalls sollen Infrastrukturflächen, wie z.B. Parkplätze oder Lärmschutzwände mit Solaranlagen ausgerüstet werden.

Scheibchenweise Abschwächung

Der Regierungsrat anerkennt grundsätzlich den Handlungsbedarf, lehnt die Initiative aber ab mit der Begründung, dass diese ein zu starker Eingriff ins Privateigentum darstelle. Er präsentiert einen abgeschwächten Gegenvorschlag. Dieser wird in der parlamentarischen Kommission nochmals etwas schwächer. Im Vergleich zur Initiative gilt die Solarpflicht nur noch

dann, wenn umfassend saniert wird (z.B. neue Dacheindeckung). Die Initiative forderte Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern bis spätestens 2040. Bei den Infrastrukturanlagen beschränkt sich die Pflicht auf Anlagen der öffentlichen Hand. Für alle Anlagen gilt zudem «so weit dies technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist». Während der Ratsdebatte hat sich noch ein Antrag durchgesetzt, der besagt, dass die Solaranlagen minimal für den «Eigenbedarf» gebaut werden. Das bedeutet, dass es weiterhin möglich sein soll, nur ein Teil des Daches auszurüsten oder dass die Gebäude mit wenig Eigenbedarf (z.B. Lagerhallen, Scheunen) nur kleine Anlagen bauen müssen.

Rückzug der Initiative

Die Mehrheit der Initiant*innen (aus GRÜNEN, GLP und SP) hat nun entschieden, die Volksinitiative zurückzuziehen. Somit entfällt die Volksabstimmung. Die Gesetzesvorlage, die der Grosse Rat beschlossen hat, kann direkt umgesetzt werden. Einer der Gründe für den Rückzug lag genau darin. Mit einer Volksabstimmung ver-

zögert sich der Gesetzesprozess um ein halbes bis ein ganzes Jahr. Simon Vogel, Co-Präsident des Komitees und Kantonsrat, begründet den Rückzug wie folgt: Der Gegenvorschlag bringe gegenüber heute doch einige Fortschritte, indem erstmals

«Die Gesetzesvorlage, die der Grosse Rat beschlossen hat, kann direkt umgesetzt werden.»

gesetzlich verankert wird, dass bei Dachsanierungen und bei Infrastrukturen – wenn auch

nur bei öffentlichen-Solaranlagen erstellt werden müssen. Zudem sei der Vorschlag eine allgemeine Anregung, so dass im definitiven Gesetzesprozess noch Verbesserungen oder mindestens Präzisierungen angestrebt werden. Simon Vogel befürchtet auch, dass eine Volksabstimmung mit Initiative und Gegenvorschlag schwierig zu gewinnen sei.



Bild: Gruppe Wolf Schweiz

DER BÖSE WOLF

EIN WINTERMÄRCHEN

Ende Januar 2024 bewilligte der St.Galler Regierungsrat Beat Tinner seinem Amtsleiter für Natur, Jagd und Fischerei und einem Wildhüter eine bezahlte Arbeitswoche zur mehrtägigen Wolfsjagd in Russland als Weiterbildung. Was ist daraus geworden?

TSC. Ziel der Russlandreise war herauszufinden, ob sich die Lappjagd – also eine Treibjagd nach ganzen Rudeln – auch in der Schweiz anwenden lässt. WWF, Pro Natura und die Gruppe Wolf Schweiz kritisierten den Ausflug in die Russische Wildnis als «Erlebnisreise» ohne erkennbaren wissenschaftlichen Ansatz. Die lokalen Veranstalter in Russland organisieren die Treibjagden ja auch nicht zur Wolfsregulierung, sondern als Trophäenjagd für zahlende Touristen.

Gemäss Regierungsrat Tinner sei es innerhalb von drei Tagen zu vier Wolfsabschüssen gekommen, was die Effizienz dieser Jagdmethode zeige. Die Felle seien aber in Russland geblieben, so seine Auskunft gegenüber den Medien.

Bildungsreise im russischen Aggressor-Staat

Als die Medien von dieser Bildungsreise berichteten, wollten es die GRÜNEN genauer wissen und reichten in der April-Session des Kantonsrats gleich zwei Interpellationen ein. Die erste erkundigte sich nach der fehlenden politischen Sensibilität, eine Bildungsreise in ein Land zu bewilligen, das seit Februar 2022 Kriegsverbrechen begeht. In seiner Antwort räumte RR Tinner am 1. Mai ein,

bei der Bewilligung solcher Reisen inskünftig sensibler vorzugehen.

In der zweiten Interpellation erkundigten sich die GRÜNEN nach dem Erkenntnisgewinn der Russlandreise. Denn eine Lappjagd beansprucht als Treibjagd mehrere hundert Hektaren, um ein ganzes Wolfsrudel zu erlegen. In diesem Gebiet muss über Wochen vor der Jagd absolute Ruhe herrschen. Kein Problem in den russischen Weiten, aber in der kleinräumigen, dicht besiedelten Schweiz schwer vorstellbar.

Schweizer Lappjagd bleibt Theorie

Es sei mit einer Besiedlung des Flachlands durch Wölfe zu rechnen, glaubt die Regierung. Wer in der Antwort sorgfältig zwischen den Zeilen liest, merkt aber schnell, dass die Regierung nicht wirklich an die Schweizer Lappjagd glaubt.

Falls mehrere Wölfe eines Rudels gleichzeitig erlegt werden müssen, sei der Einsatz der Lappjagd wenigstens einen Versuch wert. Diese eigne sich vor allem in flachem Gelände. Lappjagden würden «ausschliesslich bei Schneelage» durchgeführt. Möglicherweise könne man die Lappjagd auf Schweizer Verhältnisse anpassen und Narkosegewehre verwenden.

den. Heikel für ein künftiges Rheintaler Wolfsrudel könnte es also erst werden, wenn ein kleiner Teil seines Reviers von sagen wir 150 km² zur Jagdvorbereitung während mehrerer Wochen «stillgelegt» würde. Also zum Beispiel 4 km², was einer Fläche von 560 Fussballfeldern entspricht. Und wenn nach dieser Zeit dann auch noch Schnee liegt.

Die Chance, dass ein Wolf zu Schaden kommt, dürfte bei jeder Querung der Rheintalautobahn deutlich höher liegen. Die Glaubwürdigkeit der Leitung des Amtes für Natur, Jagd und Fischerei bleibt weiter angeschlagen.

GRUPPE WOLF SCHWEIZ

Die Organisation GWS versteht sich als Stimme der Grossraubtiere der Schweiz und setzt sich dafür ein, das Zusammenleben zwischen Menschen und einheimischen Grossraubtieren zu ermöglichen. Anmeldung zum Newsletter und weitere Infos unter www.gruppe-wolf.ch.





Bild: Adobe Stock

MIT MUT IN DIE ZUKUNFT

IN ZEITEN DER UNSICHERHEIT

Die GRÜNEN Schaffhausen haben ein schwieriges Wahljahr hinter sich. Dafür trumpfen sie bei Sachgeschäften auf. Sensationell fand die Volksinitiative «Transparenz bei Parteispenden» eine Mehrheit.

BSC. Wir leben in turbulenten Zeiten, geprägt von Krisen und Unsicherheiten. Unsere Gesellschaft steht vor einem Umbruch, dem viele Menschen ratlos gegenüberstehen. Sicher ist nur Eins: ein «weiter so» mit Rezepten aus dem letzten Jahrhundert ist nicht die Lösung. Die GRÜNEN sind die einzige Partei, die mit ihrer Politik für die ganze Gesellschaft arbeitet. Hervorzuheben ist ihr Engagement für die Natur und das Klima. Das sind die Grundlagen der Existenz der ganzen Menschheit. Das Bewusstsein dafür ist in den meisten Köpfen vorhanden, jedoch Ohnmachtsgefühl und Hilflosigkeit lassen viele resignieren.

GRÜNE: werdet mutiger

Die GRÜNEN sollen den Menschen mit positiven Beispielen zeigen, dass jeder zu einer lebenswerten Zukunft beitragen kann. Ein solches Beispiel ist der Ausbau der Photovoltaik, der trotz heftigen Widerstand voranschreitet, weil der Nutzen erkannt worden ist. Die GRÜNEN sollen lauter werden, ohne aggressiv zu sein. Die GRÜNEN haben Argumente, die überzeugend

sind. Sie können mutig und selbstbewusst den Angstmachern und kleinräuberischen Materialisten gegenüber treten. Und sie zeigen den Menschen wie eine nachhaltige Welt aussehen kann.

Die Zukunft gehört den Jungen

Die GRÜNEN in Schaffhausen streben einen Generationenwechsel an, indem die Jungen Grünen in die Arbeit einbezogen und sie in ihren Zielen

«Die GRÜNEN sollen lauter werden, ohne aggressiv zu sein.»

unterstützt werden. Die Älteren stehen ihnen mit ihrer Erfahrung zur Seite. Es ist ihre

Zukunft, die auf dem Spiel steht. Nach den Abstimmungen und den Stadtratswahlen vom 24. November 2024 zeigt sich: Grüne Politik ist in der Sache mehrheitsfähig. Nach dem schwierigen Wahljahr 2024 ist das die Bestätigung, dass die GRÜNEN die richtige Politik machen.

Nun gilt es, diese Politik in die Gesellschaft zu tragen, um echten Fortschritt zu erzielen. Die jungen Ratsmitglieder konnten ihre Sitze behalten und werden sich engagiert dafür einsetzen. Ein besonderer Erfolg

ist Gaéтан Surber gelungen, der sich im Rennen um ein Mandat im Stadtschulrat gegen ein langjähriges Mitglied durchsetzen konnte. Als Mitglied der Jungen Grünen wird er sich für eine zeitgemässe Bildungspolitik in Schaffhausen einsetzen.

Auch die Annahme der Umsetzungsinitiative «Transparenz bei Parteispenden» ist ein grüner Erfolg. Transparenz bei Parteispenden wird das Vertrauen in die Politik und ihre Vertreter stärken, wenn allfällige Abhängigkeiten offensichtlich werden. Die GRÜNEN können also zuversichtlich und mit Mut die Zukunft gestalten.



Der GRÜNE Gaéтан Surber schaffte den Sprung in den Schulrat.



Bild: Junge Grüne Schweiz

ABSTIMMUNG

VOM 9. FEBRUAR 2025

Am 9. Februar kommt auf nationaler Ebene nur die Umweltverantwortungsinitiative zur Abstimmung. Die Jungen Grünen haben die Initiative anfangs 2023 eingereicht, das Parlament lehnt sie ab. Gehen wir als GRÜNE geschlossen an die Urne und unterstützen die Initiative, damit ein möglichst gutes Ergebnis resultiert.

KEG. Die Umweltverantwortungsinitiative fordert, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: Dass die Schweiz nur so viele natürliche Ressourcen nutzt, dass die Lebensgrundlagen der Menschheit erhalten bleiben. Für eine Zukunft, in der alle Menschen ein gutes Leben führen können: mit lokalen und gesunden Lebensmitteln, einer sauberen und intakten Umwelt, stabilen und existenzsichernden Arbeitsplätzen sowie mehr Zeit für Gemeinschaft statt Stress und Einsamkeit.

Dafür braucht es einen grundlegenden Wandel der Wirtschaft, weg vom Profitstreben der Grosskonzerne und hin zu einer Wirtschaft, in der das Wohl von uns Menschen und der Umwelt im Zentrum steht. Es braucht eine Ausbildungs-offensive und die Förderung nachhaltiger Arbeitsplätze, ebenso wie Investitionen in ökologische Infrastruktur, zum Beispiel erneuerbare Energie oder Fuss- und Velowege. Profitorientierte Konzerne haben einen grossen Teil der Umweltschäden verursacht. Darum müssen sie jetzt Verantwortung übernehmen und ihren finanziellen Beitrag für den Wandel der Wirtschaft und Gesellschaft leisten. Ein grosser Teil der Umweltbelastung der Schweiz entsteht

im Ausland. Die Schweiz muss ihren Handel und die Arbeit ihrer Unternehmen nach ökologischen und sozialen Prinzipien ausrichten – auch im Ausland.

Mehr unter:
www.umweltverantwortung.ch

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

9. Februar 2025

JA zur Umweltverantwortungsinitiative

Konzernverantwortungsinitiative

Mitte Januar 2025 ist der Sammelstart für die Konzernverantwortungsinitiative. Das erklärte Ziel ist es, in 30 Tagen 100'000 Unterschriften zu sammeln. Helft alle mit, diesen Rekord zu erreichen.

2020 beschloss das Parlament auf Wunsch der Konzernlobby einen Alibi-Gegenvorschlag, um der Bevölkerung vorzugaukeln, dass es gar keine Konzernverantwortungsinitiative brauche. Statt die Menschenrechte einzuhalten, müssen Konzerne deshalb seit diesem Jahr Hochglanzbroschüren produzie-

ren, in denen sie schreiben, wie wichtig ihnen die Menschenrechte sind. Die Schweiz ist bald das einzige Land in Europa, das keine griffigen Regeln für Konzernverantwortung kennt. Deshalb soll jetzt mit einer neuen Initiative dafür gesorgt werden, dass Konzerne endlich Verantwortung übernehmen und für ihr Handeln geradestehen.

Mit der Initiative wird eine Sorgfaltspflicht eingeführt: Konzerne müssen sich darum bemühen, dass ihre Tochterfirmen im Ausland nicht auf Kinderarbeit setzen und keine Flüsse verschmutzen. Zudem soll eine nationale Aufsicht zur Konzernverantwortung eingesetzt werden, wie sie in Deutschland bereits im Aufbau ist. Und als letztes Element beinhaltet die Initiative eine Klimapflicht, sodass die Konzerne einen Plan entwickeln, wie sich ihre Geschäftstätigkeit mit den Pariser Klimazielen vereinbaren lässt.

Mehr unter:
www.konzernverantwortung.ch





Bild: Coralie Wenger.

NACHGEFRAGT BEI SIMON WEILENMANN

Es ist eher selten, dass ein Landwirt aus dem ländlichen, SVP-dominierten, Basadingen TG als GRÜNER in den Grossen Rat gewählt wird. Simon Weilenmann hat das geschafft und ist dieses Jahr wieder gewählt worden. Er setzte sich engagiert für die Pestizid-, die Trinkwasser- und die Biodiversitätsinitiative ein.

Wann und wie bist du in die Politik eingestiegen?

Aufgewachsen bin ich in einer SP-Familie. Schon meine Grosseltern haben mich als Kind an 1. Mai-Demos mitgenommen. Dank meiner Frau bin ich Mitglied der GRÜNEN. Und weil unser Bezirkspräsident hartnäckig blieb, kam ich auf die Kantonsratsliste und wurde 2020 überraschend in den Grossen Rat gewählt.

Welche Beziehung hast zu deinen konventionell produzierenden Landwirten in deiner Nachbarschaft?

Die Beziehung ist gut. Wir lassen einander leben, auch wenn wir politisch das Heu nicht auf der gleichen Bühne haben. Wir vermieten Maschinen oder erledigen Lohnarbeiten gegenseitig. Einige machen sich schon auch Gedanken und werden ökologischer, andere sind leider immer noch der Überzeugung, dass ihre Kulturen mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln gegen Pilzbefall und Unkräuter geschützt werden müssen.

Engagierst du dich auch bei den Landwirtschaftsorganisationen auf kantonomer Ebene?

Ich bin Mitglied bei Bio Ostschweiz und dem Thurgauer Bauernverband. Aktiv arbeite ich im Vorstand bei Pro Natura Thurgau mit. Hier sind meine Interessen besser vertreten.

Du setzt dich auch für ökologische Projekte in deiner Region ein. Welches sind deine politischen Schwerpunkte?

Wir leben an einem wunderschönen Flussabschnitt am Rhein. Da setze ich mich als Präsident eines Lokalen Vereins für natürliche Ufer ein. Die Revitalisierung von Gewässern ist dadurch ein Schwerpunktthema von mir geworden. Das Fördern der Biodiversität am und im Wasser fasziniert mich, aber auch sonst setze ich mich für das Schaffen neuer Lebensräume in unserer Region ein.

Grün und Landwirtschaft pass doch eigentlich gut zusammen. Warum wählen nicht mehr Bauern die GRÜNEN?

Das verstehe ich auch nicht. Doch der Schweizer Bauernverband mit dem jetzigen Präsidenten bekämpft jedes ökologische Anliegen vehement und gewinnt auch viele Abstimmungen. Doch

mit diesem Kurs, den er zusammen mit den Wirtschaftsverbänden eingeschlagen hat, schaden sie langfristig den Bauern. Die Schweizer Landwirtschaft braucht eine Qualitätsstrategie, mit der wir gesunde Nahrungsmittel anbauen und einen intakten Lebensraum fördern.

Du hast eine junge und grosse Familie. Wie bringst du Familie, Beruf und Politik unter einen Hut?

Wir haben fünf Kinder. Da ist es manchmal schon laut und chaotisch, aber auch lustig. Alles unter einen Hut zu bringen, ist schwierig. Aber irgendwie funktioniert es doch fast immer.

ZUR PERSON

Simon Weilenmann (44) bewirtschaftet mit seiner siebenköpfigen Familie den Bio-Hof Chalchhofen in Basadingen TG. Simon Weilenmann ist ausgebildeter Landwirt. Der 21 Hektar grosse Betrieb wird seit über 30 Jahren biologisch bewirtschaftet. Sie bauen Brotgetreide, Speisehafer, Speisesoja, Kartoffeln, Karotten und Rhabarber an. Sie betreiben auch einen Rebberg und einen Hofladen und haben Mutterkühe und Schafe.



Initiative für einen nachhaltigen Finanzplatz

KEIN GELD FÜR ZERSTÖRUNG

Der Schweizer Finanzplatz ist ein globales Schwergewicht. Die Milliarden, die hier verwaltet oder als Kredite vergeben werden, richten woanders grossen Schaden an und fliessen beispielsweise in die Abholzung von Regenwald oder den Kohleabbau. Die Finanzplatz-Initiative stellt sicher, dass dieses Geld künftig nicht mehr in Klimaerhitzung und Umweltzerstörung fliesst.

OSTGRÜNE: ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch
- GRÜNE Graubünden
Bungertweg 16
7206 Igis
079 820 71 99
www.gruene-gr.ch
info@gruene-gr.ch
- GRÜNE Schaffhausen
Brünigstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch
- GRÜNE St.Gallen
Postfach
9001 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

Engagiere dich

Unterschreibe den beigelegten Unterschriftenbogen und motiviere auch deine Familie und Nachbarn. Damit der Schweizer Finanzplatz endlich mehr Verantwortung übernehmen muss.

Mehr unter:

www.finanzplatz-initiative.ch

- GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 1/25
15. 2. 2025

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

www.gruene-gl.ch

- Freitag, 13.12., 18 Uhr Mitgliederversammlung Junge Grüne
- Freitag, 10.1., 19 Uhr Mitgliedertreff, Glännschblick Ennenda
- Mittwoch, 15.1., 19.30 Uhr Parolenfassung Eidgenössische Abstimmungen
- Freitag, 24.1., 19 Uhr Podium „Mehr Demokratie!“, Kunsthauskeller Glarus
- Samstag, 29.3., 10 bis 14 Uhr Koffermarkt, Mehrzweckhalle, Vorderdorfstrasse 3, Mollis
- Mittwoch, 2.4., 19.30 Uhr HV GRÜNE Kanton Glarus, Restaurant Stadthof, Kirchweg 2, Glarus

Schaffhausen

www.gruene-sh.ch

- Mittwoch 8.1. MV GRÜNE Kanton Schaffhausen
- Mittwoch 09.05. MV GRÜNE Kanton Schaffhausen
- Mittwoch 18.06. Jahresversammlung GRÜNE Kanton Schaffhausen
- Mittwoch 20.08. MV GRÜNE Kanton Schaffhausen
- Mittwoch 23.10. MV GRÜNE Kanton Schaffhausen

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- Samstag, 4.1., 19.30 Uhr gemeinsame Neujahrsbegrüssung der GRÜNEN Linth und GRÜNEN Toggenburg, Spaziergang und Höck, Treffpunkt Bahnhof Uznach
- Freitag, 10.1., 19 Uhr ausserordentliche MV GRÜNE Kanton St. Gallen, St. Gallen
- Montag, 13.1., 19.30 Uhr Neujahrsbegrüssung der GRÜNEN Region Rorschach mit Fondue Schilte Sechsi, Rorschach. Anmeldung erforderlich an rorschach@gruene-sg.ch
- Donnerstag, 16.1., 19.15 Uhr Mitgliederversammlung: GRÜNE Linth – Vision 2028, Neuhof 9, Jona
- Freitag, 28.3. MV GRÜNE Sarganserland, Bad Ragaz Begegnungsstätte

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- Montag, 20.1., 19.15 Uhr MV GRÜNE Thurgau, Bezirk Arbon
- Montag, 31.3. MV GRÜNE Thurgau, Bezirk Weinfelden

National

www.gruene.ch

- Samstag, 25.1. DV GRÜNE Schweiz, Neuenburg
- Sonntag, 9.2. Eidgenössische Abstimmung
- Samstag, 29.3. DV GRÜNE Schweiz, Wallis